

# Liechtensteiner Volkssblatt

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 31. Januar 1973

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

106. Jahrgang — Nr. 18



## Notizen

Zum dritten Mal seit 1970 findet morgen Donnerstag, den 1. Februar der Jahrestag des Wahlsieges der Vaterländischen Union statt. Die Delegiertenversammlung, zu der auch «alle Freunde der Vaterländischen Union» eingeladen sind, wird Referate von Regierungschef Dr. Hilbe, Regierungsrat Dr. Oehry und Parteipräsident Dr. Nägele zu hören bekommen. Hoffen wir, dass uns die Regierungspartei neben dem üblichen Propagandagerede auch handfeste Themen zur Diskussion anbietet. Vielleicht gibt es morgen in Mauren auch die längst erwartete Richtlinie der VU zur Volksabstimmung am 9. und 11. Februar.

Wie man hört, soll diese Woche der Landesausschuss zusammenzutreten um Massnahmen zur Konjunkturdämpfung zu diskutieren. Es geht dabei um die Frage, ob und in welcher Form die schweizerischen Kreditbeschlüsse und der Baubeschluss für Liechtenstein zu übernehmen sind. Man darf gespannt sein, ob der Regierungschef inzwischen konkrete Vorschläge unterbreiten wird, oder ob er die ganze Sache weiter vor sich herschieben will. Im vorliegenden Fall könnte sich die mangelnde Entschlusskraft als verhängnisvoll erweisen. Mitunter kann man auch Fehler machen, indem man nichts tut.

Im abgelaufenen Jahr mussten 230 Führerscheinentzüge bzw. Fahrverbote in Liechtenstein verfügt werden. Gegenüber 1971 ergibt diese eine Steigerung von 36 Entzügen. 92mal erfolgte der Führerscheinentzug im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall, 128 Entzüge wurden aufgrund von Uebertretungen der Verkehrsregeln ausgesprochen. 10 Automobilisten mussten ihren Führerschein infolge Krankheit oder Nichteignung zurückgeben.

Wie die Verkehrspolizei in der Statistik über die Führerscheinentzüge vermerkt, «scheint die Erkenntnis, dass Alkohohl und Steuerad sich nicht vertragen, immer noch nicht Allgemeingut geworden zu sein». Im Jahre 1970 betrug die durchschnittliche Alkoholkonzentration von angetrunkenen Automobilisten 1.88 Promille, 1970 stieg dieser Wert auf 1.94 Promille. Trotz präventivem Vorgehen der Polizei und strenger Gesetzgebung erhöhte sich der Durchschnitt im vergangenen Jahr noch einmal um 0.02 auf 1.96 Promille.



## Mehr Überprüfung der Staatsausgaben

Wie können wir gegen die wachsenden Staats-Defizite ankämpfen?

Schon im Jahre 1967 wurde in der Schweiz eine Expertenkommission eingesetzt, die den Auftrag hatte, die Bundesausgaben auf Einsparmöglichkeiten hin zu überprüfen. Die neue Kommission stand unter dem Vorsitz von Prof. Theo Keller, nachdem bereits vorher eine Expertengruppe mit Prof. P. Stocker an der Spitze die Bundessubventionen durchleuchtet hatte.

Seit kurzem liegt nun der Bericht der Kommission Keller vor. Sie umfasst 400 Seiten und enthält eine ganze Reihe wichtiger und interessanter Hinweise, die immerhin bestätigen, dass es Wege und Mittel gibt die defizitäre Entwicklung des Staatshaushaltes im Sinne einer Stabilisierung zu beeinflussen.

• Die von der Expertenkommission aufgezeigten Möglichkeiten

zur Bekämpfung des wachsenden Ausgabenstromes beim Staat, liessen sich in vielen Bereichen auch auf die Situation in Liechtenstein anwenden. Im Prinzip sind die schwachen Punkte in unserer Staatsverwaltung an den gleichen Stellen zu suchen wie in der Schweiz. Dabei geht es hier nicht um politische Aspekte, d.h. nicht um die Frage, welche Ausgaben notwendig und absolut erforderlich sind, und welche nicht, sondern primär um technische Fragen der Einsparungsmöglichkeiten.

Zuviel Expertisen, mehr Aufsicht im Bauwesen

In der schweizerischen Expertise werden mehr oder weniger alle Departemente auf Möglichkeiten zur Kosteneinsparung durchleuchtet. In der Aussenpolitik wird ein zielbe-

wusster Einsatz der Mittel gefordert, weil die Aufwendungen mitunter nicht im Verhältnis zur Wirkung stehen.

In anderen Bereichen, so beim Sozialversicherungswesen wie beim Rechtswesen wird die «Überprüfung der einen ausserordentlichen Umfang annehmenden Gutachtertätigkeit» angeregt.

Besonders kritisch geht der Expertenbericht mit dem Bauwesen ins Gericht. Die Wirkung der Bundesaufsicht bei öffentlichen Bauvorhaben sollte verbessert werden. Weiter wird angeregt, «dass die Hemmungen, in- und ausländische Konkurrenz voll zum Zuge kommen zu lassen, abgebaut werden» sollte.

Durchleuchtung des Personalwesens

Einen wichtigen Platz räumt der Kommissionsbericht auch dem Personalwesen ein. Es wird die Ausarbeitung allgemeiner Grundsätze der Personalpolitik gefordert, wobei vor allem an eine langfristige Personalbedarfsplanung und eine bessere Koordination der einzelnen Stellen kostensparend sein könnte. Konkret spricht sich die Expertise für die «Entwicklung von Methoden für eine bessere Personalbewertung» und eine grössere Beweglichkeit im Rahmen der Besoldung und der Einsatzmöglichkeiten für das Staatspersonal aus.

Natürlich ist die schweizerische Expertise nicht ohne weiteres auf unsere liechtensteinischen Verhältnisse anwendbar. Es würde deshalb auch nicht weit führen, wenn man sie einfach abschreiben und für uns auswerten wollte. Andererseits

aber zeigt sie auf, wie man an das Problem herangehen muss. Bei uns kann man es sich heute angesichts der sich rapide verschlechternden Finanzlage des Staates auch nicht mehr erlauben, ohne Konzept vorzugehen und die Löcher (personell und materiell) einfach dort zu stopfen, wo sie sich gerade auftun.

Man darf es sich nicht zu leicht machen

Man darf es sich auch nicht so leicht machen, wie es von der VU-Mehrheit im Rahmen der letzten (Fortsetzung Seite 2)

## Erster Schritt

Zur Volksabstimmung am 11. Februar

Nicht alle Argumente, die gegen die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes in Liechtenstein ins Feld geführt werden, gründen auf schierem Opportunismus, auf mangelnder Aufgeschlossenheit oder auf der Angst vor dem wachsenden Einfluss der Frau als solcher. Es gibt Argumente, die auf dem Boden unserer spezifisch liechtensteinischen Realität gewachsen sind und nur in einem Kleinstaat wie dem unseren auch echte Bedeutung haben. Da ist einmal das Postulat «Liechtensteinerin bleiben». Immerhin wohnen schon heute mehr als 400 Liechtensteinerinnen im Lande, die statistisch als Ausländerinnen geführt werden. Sie verdanken diesen Status der Tatsache, dass man nach wie vor jeder Liechtensteinerin, die einen Ausländer heiratet (auf dessen Staatsbürgerschaft sie Anspruch erhält) den liechtensteinischen Pass und damit ihr angeborenes Bürgerrecht abnimmt. Im Gegensatz erhält jede Ausländerin, die einen Liechtensteiner heiratet automatisch auch unsere Staatsbürgerschaft. Nachdem heute jeder zweite Liechtensteiner eine Ausländerin zur Frau nimmt (dagegen heiratet nur jeder zehnte Schweizer eine Ausländerin), entsteht ein Missverhältnis das verständlicherweise Opposition bei manchen Mitbürgern hervorruft, sobald man von der Einführung des Frauenstimmrechtes spricht. Sie wollen die Frage der Beibehaltung des Bürgerrechtes für Liechtensteinerinnen, die Ausländer heiraten, zuerst geregelt wissen. — Bei allem Verständnis für diese Argumentation muss man sich die Frage stellen, was es dem Postulat «Liechtensteinerin bleiben» nützt, wenn man am 11. Februar gegen die Einführung des Frauenstimmrechtes stimmt? Am Sonntag in 8 Tagen haben wir die Chance, wenigstens eines der anstehenden Probleme, die politische Gleichberechtigung der Frau, positiv zu lösen. Sollten wir nicht wenigstens diesen einen Schritt tun, um auch dem anderen Ziel näherzukommen? Mit dem blossen Nein-Stimmen kommen wir wahrscheinlich nicht weiter; nicht in der einen und auch nicht in der anderen Sache!

## Neubau der Tagesstätte

Morgen wird Erweiterungsbau eröffnet

Die Heilpädagogische Tagesstätte in Schaan ist schon wenige Jahre nach der Eröffnung zu klein geworden. Morgen Donnerstag wird in Anwesenheit I. D. Fürstin Gina von Liechtenstein, der Präsidentin des Vereins für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein, der Erweiterungsbau der Heilpädagogischen Tagesstätte ihrer Bestimmung übergeben.

Die Eröffnungsfeier beginnt morgen um 17 Uhr in den Räumen der Tagesstätte an der Bildgasse in Schaan. Nach einer Begrüssungsansprache der Landesfürstin folgt Uebergabe der neuen Räume durch

den Architekten Franz Hasler, Vaduz. An die Uebergabe schliessen sich Grussworte eines Regierungsvertreters und eine Ansprache von Edwin Nutt, Präsident der Liechtensteinischen Invalidenversicherung an. Die kirchliche Einsegnung des Erweiterungsbaus wird sodann vom Schaaner Pfarrer Friedrich Kaiser vorgenommen. Den Abschluss der Feier bilden Spiel- und Gesangsvorträge, dargeboten von den Schülern der Heilpädagogischen Tagesstätte. Wir werden über die Einweihung und über die Erweiterungsbauten in unseren kommenden Ausgaben berichten.

## 9 Tote auf 390 Unfälle

Statistik der Verkehrspolizei für 1972

Einen Rekord von 390 Verkehrsunfällen verzeichnet die Statistik, die von der Verkehrspolizei des Fürstlich Liechtensteinischen Sicherheitskorps der Regierung für das Jahr 1972 übergeben wurde. Auch die Zahl der Verkehrstoten hat sich von 8 auf 9 erhöht, blieb aber damit etwas unter jener des Rekordjahres 1970, in dem 22 Verkehrstote beklagt werden mussten.

Die 390 Verkehrsunfälle, bei denen von der Polizei eine Tatbestandsaufnahme gemacht wurde, entsprechen einer Zunahme von 41 Unfällen gegenüber dem Vorjahr. Darüberhinaus musste die Polizei in 219 weiteren Fällen ausrücken, machte aber infolge geringen Sachschadens oder leichten Verschuldens keine Tatbestandsaufnahmen. Insgesamt ergeben sich also 609 Einsätze, was einem Tagesmittel von knapp 1.7 Einsätzen entspricht.

Während bei 111 von den registrierten 390 Unfällen jeweils eine oder mehrere Personen verletzt wurden, mussten neun Verkehrstote beklagt werden. In vier Fällen handelt es sich um einen Selbstunfall, in drei Fällen um Unfälle zwischen Personenwagen und Fussgängern und in je einem Fall um eine Kollision zwischen zwei Personenwagen und zwischen einem Personenwagen und einem Fahrrad.

Weiter wird in der Statistik bemerkt, dass sich der grösste Teil der

Verkehrsunfälle zwischen Personautos ereigneten, nämlich 180 (1971 138). Erstmals, so ist weiterhin ersichtlich, hat dabei auch die Zahl der beteiligten ausländischen Fahrzeuge in erheblichem Masse zugenommen. 419 ausländische Fahrzeuge stehen 247 liechtensteinischen gegenüber.

Der zweitgrösste Anteil entfällt wiederum auf die Selbstunfälle mit Personenwagen (86). Zwar ging die Zahl gegenüber 1971 (108) zurück, dagegen sind in dieser Unfallkategorie vier Todesopfer zu beklagen. Dazu kommt, dass sich lediglich 15 dieser Selbstunfälle während des Tages ereigneten, die übrigen 71 Unfälle hingegen in den späten Nachtstunden. «Fast ausnahmslos», so der Polizeibericht an die Regierung, «war die jeweilige Ursache Leichtsinn im weitesten Sinne des Wortes».

Zugenommen haben laut Statistik auch die Unfälle zwischen Personautos und Fussgängern. Während es 1971 noch deren 20 waren stieg die Zahl im vergangenen Jahr auf 35 an, die Zahl der Toten von einem auf deren drei.

Ein Rückgang hingegen ist bei den angetrunkenen Fahrzeuglenkern zu verzeichnen. Während noch im Jahre 1971 52 Unfälle verzeichnet werden mussten, sank die Zahl im Berichtsjahr auf 35. Immerhin ein Lichtblick in der makabren Bilanz unseres Strassenverkehrs.



Ein Ausschnitt aus der Unfallkarte der Polizei. In Schaan, Vaduz und im Alpengebiet war die grösste Konzentration von Unfällen zu verzeichnen. Fünf der neun Verkehrstoten waren bei Unfällen auf der Strecke zwischen Schaan und Balzers zu beklagen, zwei im Alpengebiet und zwei weitere im Unterland.

